

Fax ✓

FRAKTION DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION
IM STADTRAT ZU NÜRNBERG



CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

OBERBÜRGERMEISTER		
2 3. MRZ. 2006 / Nr.		
SRD	1 Zur Kis.	3 Zur Stellungnahme
	2 Zw.	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen
	Zw. ✓	5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen

Wolff'scher Bau des Rathauses
Zimmer 58
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 231 - 2907
Telefax: 09 11 / 231 - 4051
Mail: csu@stadt.nuernberg.de
www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de

22. März 2006

Kopie MRB ✓

**Offener Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Solidarität mit Abdul Rahman**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Schicksal von Abduhl Rahman, der wegen seines Wechsels vom Islam zum Christentum in Afghanistan zum Tode verurteilt werden soll, ist erschütternd und empörend zugleich. Die Freiheit der Bundesrepublik werde auch am Hindukusch verteidigt, hat der ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck im Herbst 2001 erklärt. Anschließend verjagte die Nato die Taliban aus Kabul. Ein mörderisches Regime brach in sich zusammen, dass die eigene Bevölkerung, vor allem die weibliche, jahrelang auf das Schlimmste terrorisiert hatte. Nach einem Vierteljahrhundert Krieg schien Afghanistan zum ersten Mal wieder Aussicht auf bessere, friedlichere Zeiten zu haben.

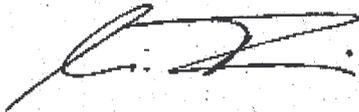
Die Taliban haben sich zwar in den Süden und die Grenzregion nach Pakistan zurückgezogen. Doch der radikale Islam ist geblieben. Das war auch nicht anders zu erwarten. Afghanistan ist ein von archaischen Traditionen durchdrungenes Land. Und die von der Loya Jirga, der großen Ratsversammlung, in Kabul beschlossene islamische Verfassung war gegenüber der mörderischen Unrechtsprechung der Taliban sicher ein Fortschritt. Aber Afghanistan ist kein demokratischer Rechtsstaat. Wenn nun einem Muslim die Todesstrafe droht, weil er sich zum Christentum bekennt, zeigt das nur, wie weit entfernt dieses Land noch von selbstverständlichen rechtlichen Standards ist. Viele Christen in islamischen Ländern leben in religiöser Apartheid.

Wenn nun die Kritik an dem drohenden Todesurteil in Kabul als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ zurückgewiesen wird, ist es wohl höchste Zeit, noch deutlicher zu werden. Es geht nicht nur um Abdul Rahman, der sich aus Gründen, die nur ihn etwas angehen, zum Christentum bekennt. Auch wenn er nach einer Verurteilung gute Aussichten hat, von Präsident Karzai begnadigt zu werden. Doch es geht nicht um Gnade, sondern um Recht. Auf nichts weniger sollte der Westen und sollte auch Nürnberg als Stadt des Friedens und der Menschenrechte bestehen.

Es geht nicht um innere Angelegenheiten, sondern die Frage der Gültigkeit internationaler Menschenrechte. Als eine dänische Tageszeitung ein paar mehr oder weniger verunglückte Karikaturen veröffentlichte, brannte einige Monate später der islamische Zorn. Jetzt, wo es um Menschenleben und Grundrechte geht, hören wir markige Worte wie im Kalten Krieg: Mit der Floskel von „inneren Angelegenheiten“ lehnen gemeinhin Diktaturen westliche Kritik an Menschenrechtsverletzungen ab. Abdul Rahmans Angelegenheiten - das sind unsere Angelegenheiten. Nürnberg hat aufgrund seiner historischen Doppelrolle als eine der Hauptstädte der Reformation als auch als Ausgangspunkt der berüchtigten Rassegesetze eine besondere Verantwortung, für Religionsfreiheit und freie Religionsausübung einzutreten.

Die CSU-Stadtratsfraktion bittet Sie daher, dem Stadtrat in seiner Sitzung am 29. März eine Resolution vorzuschlagen, in der sich Nürnberg als Stadt des Friedens und der Menschenrechte zu Abdul Rahmann solidarisch erklärt und deutlich macht, dass Menschenrechte wie die Religionsfreiheit immer und überall unteilbar sind.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Frieser
Fraktionsvorsitzender